



Beantwortung einer Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.09.2006

Sitzung des Kreistages am 21. September 2006

zu Vorlage Nr.: 0211/2006/II

Tagesordnungspunkt	7.7	- öffentlich -
Betreff: „Kürzungen bei Zentralen Ausländerbehörden“		

Die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) des Landes unterstützen bisher die örtlichen Ausländerbehörden in erheblichem Umfang bei der Durchsetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen für ausreisepflichtige ausländische Personen. Zur Klärung der Identität eines Ausreisepflichtigen verhandeln die ZAB mit den jeweiligen Botschaften über die Ausstellung von Passersatzpapieren und führen die Betroffenen bei den möglichen Heimatbotschaften in Berlin vor. Jede Botschaft ist dabei einer speziellen ZAB in Dortmund, Bielefeld, Köln oder Düsseldorf zugeordnet, so dass feste Ansprechpartner vorhanden sind. Die ZAB Köln übernimmt darüber hinaus in aller Regel Fahrten eines Abschiebehaftgefangenen aus Oberberg in die JVA Büren bei Paderborn sowie die weitere Organisation und Durchführung der Abschiebung aus der Haft heraus.

Eine Mittelkürzung für die Arbeit der Zentralen Ausländerbehörden hätte zur Folge, dass die oben beschriebenen Tätigkeiten ohne Unterstützung allein von den Beschäftigten des Oberbergischen Kreises erledigt werden müssten. In jedem Einzelfall entstünden für jeweils zwei Bedienstete erhebliche Fahrzeiten nach Büren und/oder nach Berlin. Bezogen auf die Heimatbotschaften und die Ausstellung von Passersatzpapieren ginge Spezialwissen verloren, das die Abwicklung eines Einzelfalles deutlich verkürzt. Die Beschäftigten des Kreises und aller anderen Ausländerbehörden müssten mit den in Deutschland ansässigen ausländischen Botschaften selbst verhandeln.

Im Ergebnis führt die Mittelkürzung entweder zu mehr Personalkosten für den Kreis, weil mehr Personal in der Ausländerbehörde benötigt wird. Oder die Aufenthaltszeiten für ausreisepflichtige ausländische Personen im Kreisgebiet verlängern sich deutlich, was sich negativ im Sozialetat der örtlich zuständigen

Kommune niederschlagen dürfte (pro Ausreisepflichtigem durchschnittlich ca. 500 Euro monatlich).

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Werner Krüger
-Dezernent-